

Presseinformation

21.02.2025

Versorgungskonferenz Frankfurt und Bilanz

Gesundheitsministerin Diana Stolz: „Es ist eine Frage der Demokratie, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Not- oder Krankheitsfall Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung haben“

„Vielfältige Impulse aus sechs Konferenzen werden nun in die gemeinsame Arbeit einfließen – es gibt dringenden Nachbesserungsbedarf am Bundesgesetz“

Wiesbaden/Frankfurt. Anlässlich der sechsten Konferenz zur Umsetzung der Krankenhausreform des Bundes in Hessen im Versorgungsgebiet Frankfurt erklärte die Hessische Gesundheitsministerin Diana Stolz, es sei „eine Frage der Demokratie, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Not- oder Krankheitsfall Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung haben“, und betonte weiter: „Wir müssen jetzt alle den Rücken gerade machen. Wir verfolgen gemeinsam das Ziel, eine flächendeckende und gute Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen und ein zuverlässiges Netz zu spannen.“ Diese Versorgungskonferenz markierte den Abschluss von insgesamt sechs in den Versorgungsgebieten Hessens, die am 27. Januar in Fulda gestartet sind. Es folgten die Gebiete Wiesbaden-Limburg, Kassel, Darmstadt und Gießen-Marburg.

Der Ärztliche Direktor und Vorstandsvorsitzende des Universitätsklinikums Frankfurt, Prof. Dr. Jürgen Graf, dankte für die Durchführung der Versorgungskonferenzen und für die erklärte Absicht, sich für Veränderungen auf Bundesebene einzusetzen. In diesem Zusammenhang unterstrich er die Bedeutung, die dem demografischen Wandel für die Gesundheitsversorgung zukommt: „Eine der drängendsten Herausforderungen der kommenden Jahre wird es sein, gut ausgebildetes Personal zu gewinnen und zu halten. Das gilt für den stationären Bereich, aber auch für alle anderen Bereiche. Es ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, das hohe Leistungsniveau unserer medizinischen Leistungen aufrechterhalten zu können.“

„Nach der sechsten Konferenz waren wir nun mit den Beteiligten vor Ort im Austausch. Die Impulse und Schwerpunkte waren so unterschiedlich wie die Regionen. Die hohe Teilnehmerzahl hier in Frankfurt und die durchgängig hohe Beteiligung an den Konferenzen, sind für uns ein Beleg dafür, wie wichtig diese Veranstaltungen waren. Und ich freue mich über die durchgängig positive Resonanz der Teilnehmenden und den konstruktiven Geist, von dem alle Konferenzen getragen waren. Hier in Frankfurt kam aus dem Kreis der Teilnehmenden heute nochmal ein großer Dank für den konstruktiven Weg, der in Hessen gegangen wird. Viele Anregungen wurden an uns herangetragen – vor allen Dingen mit Blick auf den Nachbesserungsbedarf an der Krankenhausreform des Bundes. Ich werde nunmehr die „Stimme Hessens“ nach Berlin tragen und mich vehement für Nachbesserungen einsetzen“, sagte Stolz zu. Die Ministerin hatte sich von Anfang an für diese stark gemacht.

Die Krankenhausreform des Bundes muss „demografietauglich“ sein

Von der Frankfurter Konferenz ging das Signal aus, dass die bundesrechtlichen Vorgaben „demografietauglich“ ausgestaltet werden müssten. Die Vorgaben müssen dem demografischen Wandel standhalten und belastbar sein. Der Fachkräftemangel wird größer, daher könne es nicht sein, dass die Vorgaben durch das Bundesgesetz hier so ausgestaltet werden, dass die Anzahl an Fachärzten, die für eine bestimmte Leistungsgruppe gefordert werden, perspektivisch gar nicht mehr erfüllt werden könnten.

Aus allen Konferenzen war vor allen Dingen der Ruf nach einem zeitlichen Aufschub zur Umsetzung der Reform laut geworden um eine realistische Planung zu ermöglichen sowie bspw. die Aufforderung an den Bund, sehr schnell in eine Übergangfinanzierung einzusteigen und seiner Verantwortung bei den Betriebskosten nachzukommen. Weiterhin wurden immer noch ausstehende Regelungen angemahnt und um flexiblere Lösungen gebeten, um individuell auf Erfordernisse vor Ort besser eingehen zu können. Der Tenor war einhellig: die Bundesreform sei zu starr angelegt.

Die Versorgungsregion Frankfurt

Das Versorgungsgebiet Frankfurt-Offenbach ist das größte und mit Abstand einwohnerstärkste Versorgungsgebiet. Rund ein Drittel aller Patientinnen und

Patienten in Hessen werden in den insgesamt 41 Krankenhäusern des Gebietes behandelt. Die Region hat mit dem Universitätsklinikum Frankfurt am Main ein starkes Zentrum. Nicht ohne Grund hat das Universitätsklinikum Frankfurt am Main in der COVID-Pandemie die Steuerung der stationären Versorgung hier übernommen und Herr Prof. Dr. Jürgen Graf war der Leiter des Planungsstabes stationäre Versorgung.

Die Region ist aber nicht nur Frankfurt. Das Versorgungsgebiet reicht von Usingen bis nach Schlüchtern und Seligenstadt. Daher stellen sich in dem Versorgungsgebiet sowohl die besonderen Herausforderungen der Versorgung im Ballungsraum wie auch die Themen der flächendeckenden Versorgung im ländlichen Raum. Das Versorgungsgebiet ist gerade in den Städten Frankfurt und Offenbach dadurch gekennzeichnet, dass sehr viele der Krankenhäuser ein breites Leistungsspektrum aufweisen. Hier wird es notwendig sein, dass sich die Krankenhäuser auf ihre zentralen Kompetenzen konzentrieren, denn nicht jeder wird unter den Vorgaben des Bundesgesetzes alles machen können. Die Krankenhausreform des Bundes wird zu einer klareren Fokussierung der Krankenhäuser führen.

Das Versorgungsgebiet Frankfurt ist in der Krebsmedizin gut aufgestellt. Mit den beiden Koordinierenden Krankenhäusern Universitätsklinikum Frankfurt am Main und Nordwestkrankenhaus sowie insgesamt drei weiteren onkologischen Zentren (Sana Klinikum Offenbach, Klinikum Hanau und Markuskrankenhaus Frankfurt) gibt es insgesamt fünf Spitzenbereiche der Versorgung in der Region, von denen ein breites onkologisches Netzwerk ausgeht.

Stolz erklärte, dass Hessen sich „sehr frühzeitig“ auf die Krankenhausreform des Bundes vorbereitet habe. Sie betonte, dass man die Regionen nicht über einen Kamm scheren könne und es für eine solide Gesundheitsversorgung der Menschen entscheidend sei, individuell „sehr genau“ hinzuschauen. Das sei heute in Frankfurt erneut sehr deutlich geworden. „Es wird so sein, dass jede Region andere Antworten braucht. Deswegen sind wir hier und sprechen mit den Verantwortlichen in der Region, die Veränderungen anstoßen und voranbringen müssen“, erläuterte die Hessische Gesundheitsministerin. Es wurde auch deutlich, dass es „unabdingbar ist, dass sich die Krankenhäuser spezialisieren, vernetzen und kooperieren. Nur gemeinsam mit

funktionierenden Gesundheitsnetzwerken in den Regionen kann eine flächendeckende, hochwertige medizinische Versorgung gelingen.“

Die Teilnehmenden der Versorgungskonferenz für die Region Frankfurt waren unter anderen die Träger der Kliniken, die Hessische Krankenhausgesellschaft, die Kassenärztliche Vereinigung Hessen, die Krankenkassen, die Landesärztekammer und die kommunale Seite, vertreten durch Landrat Michael Cyriax für den Main-Taunus-Kreis, Landrat Ulrich Krebs für den Hochtaunuskreis, die Erste Kreisbeigeordnete Madlen Overdick (Main-Taunus-Kreis), der Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt Dr. Bastian Bergerhoff und Bürgermeister Dr. Maximilian Bieri, Hanau.

Hessen ist beispielgebend

Hessens Gesundheitsministerin betonte auf der Versorgungskonferenz die bundesweite Vorreiterrolle Hessens: „Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat uns in der aktuellen Bestandsaufnahme für die Jahre 2019 bis 2021 bestätigt, dass Hessen bei der Investitionsförderung im Spitzenbereich liegt, bei der Krankenhausinvestitionsquote pro Fall auf Platz eins aller Länder. Dabei sind die massiv angestiegenen Investitionsfördermittel seit 2022 noch nicht berücksichtigt. In Hessen haben wir die Pauschalfördermittel seit 2016 um rund 170 Prozent auf mittlerweile 390 Millionen Euro gesteigert. Daneben haben wir ein mit 140 Millionen Euro dotiertes Landesdarlehensprogramm beschlossen. Wir werden außerdem mit insgesamt 80 Millionen Euro Investitionsmaßnahmen von Krankenhäusern in ländlichen Regionen oder in Ballungsgebieten, die einen Verbund bilden, unterstützen.“

Abschließend betonte die Ministerin zum weiteren Vorgehen: „Wir werden uns weiter für Veränderungen am Bundesgesetz einsetzen, weil es zu wenig die regionalen Besonderheiten und die finanzielle Lage der Krankenhäuser im Blick hat. Unabhängig von möglichen Änderungen am zeitlichen Verlauf der Krankenhausreform nach der Bundestagswahl werden wir jedoch in Hessen die notwendigen Schritte zu einer zukunftsfesten Krankenhauslandschaft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gehen. Zahlreiche Einzelgespräche und harte Arbeit bis zur Beantragung und Bescheidung von Leistungsgruppen stehen uns nun allen gemeinsam bevor. Die Menschen in Hessen können jedoch sicher sein, dass wir alles

Notwendige tun, damit sie im Not- oder Krankheitsfall flächendeckend medizinisch gut versorgt werden!“

Bildunterschrift (von links): Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk, Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt Dr. Bastian Bergerhoff, Landrat des Main-Taunus-Kreises Michael Cyriax, Gesundheitsministerin Diana Stolz, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Frankfurt Prof. Dr. Jürgen Graf sowie die Erste Kreisbeigeordnete des Main-Taunus-Kreises Madlen Overdick.

Bildquelle: HMFG.

